

Wahlcheck des Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI) zur europäischen Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik zur Europawahl am 26. Mai 2019

Antworten der Kandidat*innen Frau Burkhardt und Herrn Kreft der SDP Schleswig-Holstein.

Frage:

1. Erkennen Sie die Relevanz der Umsetzung der Sustainable Development Goals/UN- Nachhaltigkeitsziele (SDG) durch die EU-Mitgliedsstaaten und die EU für die kommende Legislaturperiode (2019-2024) an und wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese konkret in den verschiedenen Ressorts der Europäischen Union umgesetzt werden?

Ja, denn wir verstehen die 17 Nachhaltigkeitsziele 2030 der Vereinten Nationen (SDG) als Leitbild unseres euroapolitischen Handelns, weil wir nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Herausforderungen gemeinsam angehen und lösen werden können. Ein Ansatz dem wir dabei folgen, ist die Rolle der Multi- Stakeholder-Plattform der EU zur Umsetzung der SDGs auszubauen und zu stärken. Die Plattform soll Peer-Learning ermöglichen und zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen dazu dienen, sich über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der SDGs in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen auszutauschen. Ich will mich dafür einsetzen, dass das Europäische Parlament diese Plattform regelmäßig anhört und dass in regelmäßigen Abständen in einer Plenardebatte darüber reflektiert wird, wie es um die Umsetzung der Ziele steht.

Frage:

2. Im Sinne der Politikkohärenz sollte es eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie geben, die die Umsetzung der SDG in allen Politikbereichen als Querschnittsthema beachtet. Ist eine solche Strategie für die EU geplant? Wenn nicht, setzen Sie sich für die Erstellung einer solchen Strategie ein?

Ja, und das Europäische Parlament hat die Kommission in der Vergangenheit bereits dazu aufgerufen. Wir brauchen dringend eine europäische Strategie für nachhaltige Entwicklung und deshalb kämpft die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament weiter für eine solche Strategie.

Frage:

3. Nicht nur Staaten der Europäischen Union haben mit einer Überschuldung zu kämpfen. Befürworten Sie daher das von verschiedenen europäischen Institutionen, nach der Griechenland-Krise ins Gespräch gebrachte Staateninsolvenzverfahren? Wenn ja, innerhalb der Eurozone oder weltweit?¹

Ja, ich finde, dass ein weltweites Staateninsolvenzverfahren als Ansatz zum Umgang mit extremer Überschuldung in Betracht gezogen werden sollte. Als ein letzter Ausweg in Krisensituationen könnten Länder die Möglichkeit erhalten, in Übereinstimmung mit Ihren Schuldnern Kredite aufzuschieben. Denn wichtige Ausgaben für Bildung und Gesundheit dürfen nicht zugunsten des Schuldendienstes gekürzt werden. Das hätte fatale Folgen für das Entwicklungspotenzial und ganz konkret für die Menschen des verschuldeten Staates.

Frage:

4. Die Einkaufsmacht öffentlicher Stellen kann zur Durchsetzung von nachhaltigen Produktionsformen und der Einhaltung von Sozialstandards weltweit beitragen. Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass bei Ausschreibungen von EU-eigenen Einrichtungen die nachweisliche Einhaltung von Menschenrechten entlang globaler Lieferketten verbindliche gefordert wird, und der Einkauf fair gehandelter Produkte bevorzugt wird?

Ja, Um unsere Wirtschaft nachhaltig zu gestalten, müssen auch die Produktionsbedingungen dort, wo unsere Konsumgüter herkommen, umweltfreundlich und menschenrechtskonform sein und dürfen hierzulande produzierte Güter an ihrem Bestimmungsort nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung beitragen. Deshalb fordert die SPD einen EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“ in der Verantwortung der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration zu verankern. Wir brauchen europäische verbindliche Regelung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen inkl. Haftungspflichten bei Verstößen gegen menschenrechtliche, soziale oder ökologische Standards.

Frage:

5. Um das globale Ziel der Überwindung von Hunger und Unterernährung weltweit zu erreichen, bedarf es eines Paradigmenwechsels in der Landwirtschafts- und Klimapolitik. Klimaschutzmaßnahmen müssen ergriffen, finanziert und die Landwirtschaft nachhaltig angepasst werden. Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für eine Förderung von umweltschonender und sozial- nachhaltiger Landwirtschaft einsetzen?

Ja, wir fordern die Agrarförderung der EU (GAP) an Kriterien zu binden, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Unsere Leitlinie: Öffentliches Geld für öffentliche Güter! Wenn Betriebe die sozialen, ökologischen und arbeitsrechtlichen Kriterien nicht einhalten, dann sollen sie auch keine Subventionen erhalten.

Frage:

6. Der Bildung wird innerhalb der Diskussion über Zukunft und Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften eine zentrale Rolle zugewiesen. Gemeinhin werden hier das Konzept und der Begriff Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) bemüht. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dieses Konzept auch auf europäischer Ebene zu implementieren und umzusetzen? (Bspw. als Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln in europäischen Schulwettbewerben o.ä.)

Ja, wir sprechen uns dafür aus, dass Nachhaltige Entwicklung auch in der Bildung eine Rolle spielt. Wo dies auf europäischer Ebene zu unterstützen geht, werden wir unseren Beitrag leisten.

Frage:

7. Der Zivilgesellschaft wird gemeinhin eine besondere Rolle bei der allseits benannten „großen Transformation“ und Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG) zugeordnet. Engagement braucht aber Strukturen. Sieht Ihre Partei Strategien und Instrumente vor, die die Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene stärken?

*Ja, wir fordern zum Beispiel einen „Fonds für europäische Grundwerte“, der NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützen soll, wo Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen. Außerdem wollen wir zivilgesellschaftliche Akteur*innen im europäischen Gesetzgebungsprozess eine transparente chancengleiche Einbindung ermöglichen.*

Frage:

8. Die EU unterhält Beziehungen und Partnerschaften in die verschiedenen Regionen der Welt. Darunter auch Länder, die laut der OECD als weniger entwickelte Länder im Vergleich der Staatengemeinschaft gelten (s. DAC-Liste, OECD). Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese Partnerschaften unter den Aspekten der gleichberechtigten Partnerschaftsarbeit geführt werden?

Ja, ein Dialog auf Augenhöhe muss Grundlage für globale Partnerschaften sein.

Frage:

9. Internationale Handelsabkommen und Handelsabkommen der EU sind im Sinne globaler Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu konzipieren. Verhandlungen über derlei Abkommen sind transparent zu führen. Wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für entsprechende Maßnahmen einsetzen?

Ja, die unbedingte Grundlage unseres Handelns müssen Transparenz und die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) sein, um Regeln aufzustellen, mit denen Staaten auf Augenhöhe in Kontakt treten. Wir wollen deshalb menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards festlegen, die in den Handelsabkommen verbindlich eingehalten werden müssen.

Frage:

10. Der Vertrag von Lissabon sieht von Haushaltsausgaben für militärische oder verteidigungspolitische Zwecke (Artikel 41 Absatz 2) ab. Eine nachhaltige und friedliche Entwicklung kann nur unter konsequenter Umsetzung dieses Artikels ermöglicht werden. Wird Ihre Partei Strategien friedlicher Konfliktbearbeitung stärken und sich gegen die Bereitstellung militärischer Mittel der EU in Drittstaaten einsetzen?

Ja, Europa ist ein Friedensprojekt und muss entsprechend handeln. Die Europäische Integration ist der Beweis dafür, dass Zusammenarbeit auf Augenhöhe und nicht Säbelrasseln langfristig Frieden sichert. Die EU sollte in Konflikten eine Vermittlerrolle einnehmen und sich global für friedliche Konfliktlösung und Abrüstung starkmachen. Um das zu ermöglichen brauchen wir eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Nur wenn die EU mit einer Stimme spricht, kann sie zwischen anderen Staaten vermitteln.